



Sicherheitspolitisches Dialogforum: Wilhelm Sandrissler, Vladimir Voronko, Gilles de Kerchove.

Radikalisierung frühzeitig erkennen

Bei einem sicherheitspolitischen Dialogforum im Innenministerium diskutierten Experten der EU und der UNO über europäische und internationale Zugänge zur Terrorismusbekämpfung.

Gilles de Kerchove, der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, und der Untergeneralsekretär des Büros für Terrorismusbekämpfung der Vereinten Nationen (UNOCT), Vladimir Voronko, diskutierten am 10. Februar 2020 im Innenministerium in Wien über aktuelle Herausforderungen der europäischen und globalen Terrorismusbekämpfung. Die Veranstaltung wurde von Dr. Wilhelm Sandrissler moderiert, dem Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll) im Bundesministerium für Inneres.

EU-Koordinator Gilles de Kerchove hob jene Terrorformen hervor, die sich vor allem auf extremistische politische Ideologien und gewaltbereite Interpretationen von Religion stützen. Besonders betonte er dabei die Gefahr, die von Rechtsextremismus und von radikal-islamistischen Ideologien ausgeht. Beiden Phänomenen gemein sei die

Ablehnung liberaler und offener Demokratien sowie die Negation eines gemeinsamen und für alle geltenden Wertesystems, das ein friedliches Zusammenleben in Freiheit und Sicherheit ermögliche. Den Nährboden für rechts-extreme und dschihadistische Gewalt böten augenscheinlich konträre Ideologien. Diese glichen sich aber nicht nur in vielen Bereichen (z. B. „wir gegen die anderen“), sondern beeinflussten sich auch wechselseitig.

Rechtsextremismus. Im Bereich des Rechtsextremismus, der sich vor allem in nordeuropäischen Ländern, in Deutschland, aber auch in den USA bemerkbar mache, fehle es derzeit an einer umfassenden Bedrohungsanalyse. Auch der weltweite Anstieg von Antisemitismus wurde als aktuelle Bedrohung von den Terrorexperten genannt. Dabei seien nicht nur Anschläge aus dem rechtsextremen und islamistischen Milieu zu verzeichnen, sondern Über-

griffe aus dem gesamten gesellschaftlichen Spektrum. Insgesamt müsse engagiert weiter daran gearbeitet werden, frühe Anzeichen einer Radikalisierung rechtzeitig zu erkennen, den Prozess der Radikalisierung zu unterbrechen und einzugreifen, bevor es zu Gewalttaten komme.

Rolle des Internets. Weltweit haben die jüngsten Terroranschläge die Rolle des Internets in Radikalisierungsprozessen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit, der Sicherheitsbehörden und der Politik gerufen. Derzeit bemüht sich die Europäische Union gesetzliche Maßnahmen zur Entfernung von terroristischen Online-Inhalten zu treffen, wozu es unter österreichischem Ratsvorsitz eine Einigung im Rat gegeben hat. Wichtig hierbei seien die maßvolle Balance zwischen dem Schutz von Freiheitsrechten und der nötigen Einschränkung von Meinungsfreiheit, so die Experten.



Innenministerium: Diskussion mit Experten über Herausforderungen in der europäischen und globalen Terrorismusbekämpfung.

Radikalisierung. Der sogenannte Islamische Staat gilt als zerschlagen, sein Erbe existiere jedoch weiter – und das nicht nur im Internet. Eine der größten Bedrohungen stellten jedoch „home-grown“-Terroristen dar. Damit meint man in Europa aufgewachsene und hier radikalisierte Menschen. Diese zumeist jungen Männer haben sich keinen Terrororganisationen wie Da'esh oder Al Kaida angeschlossen, idealisieren aber deren Ideologien. Sie radikalisieren sich oftmals über das Internet und entwickeln Hass auf westliche Gesellschaften und Werte. Wie die Erfahrung zeigt, können solche Gefährder auf europäischem Boden tödliche Anschläge mit Alltagsgegenständen verüben – etwa mit Messern oder Fahrzeugen.

Umgang mit Rückkehrern. Debattiert wurde auch über den Umgang mit ausländischen terroristischen Kämpfern. De Kerchove betonte dabei, dass die internationale Gemeinschaft koordiniertere Maßnahmen im Bereich Datenaustausch und Beweissicherung vor Ort treffen müsse. Die Rückkehr kampfgeprobter Islamisten aus den Kriegsgebieten in Syrien und im Irak stelle die Strafverfolgungs- und Justizbehörden vor neue, besondere Herausforderungen.

Kooperation UNO und EU. Untergeneralsekretär Voronkov ging auch auf die Kooperation zwischen der UNO und der EU ein. Die Vereinten Nationen würden sehr gut mit der Europäischen Union zusammen arbeiten, dabei aber unterschiedliche Rollen wahrnehmen. Die Kooperation funktioniere etwa bei der Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus in Zentral- und Südostasien ausgezeichnet. Eine zukunftsorientierte Herangehensweise er-



Gilles de Kerchove: „Datenaustausch und Beweissicherung vor Ort müssen besser koordiniert werden.“

fordere auch eine professionellen Umgang mit Bedrohungen und Möglichkeiten, die durch neue Technologien, wie künstliche Intelligenz oder Drohnen entstehen, waren sich die Experten einig. Neben der Analyse und der Bewertung von Bedrohungen müssten die Strafverfolgungsbehörden dabei die Themen Sicherheit und neue Technologien grundsätzlich neu zusammendenken.

Förderung europäischer Werte. Konsens herrschte darüber, dass es im Bereich Sicherheitspolitik einen umfassenden, stärker proaktiven Ansatz benötige, um beispielsweise das Entstehen eines neuen Kalifats, etwa in der Sahel-Zone, zu verhindern oder Radikalisierung in europäischen Gesellschaften von vornherein zu vermeiden. „Der Förderung und dem Schutz europäischer Werte kommt dabei aus Sicht des Innenministeriums besondere Bedeutung zu“, sagte Wilhelm Sandrisser, der die Ergebnisse der Diskussion zusammenfasste. Man müsse etwa jungen Menschen den persönlichen Mehrwert eines selbstbestimmten Lebens in einer freien Gesellschaft besser vermitteln, aber auch die Einhaltung von Regeln sicherstellen, sagte der Gruppenleiter. *Valerie Bauernfeind*

FOTOS: GÉRD PACHAUER